

ANKLAGESCHRIFT GEGEN DIE BÜRGERLICHE KLASSENJUSTIZ IM PROZESS GEGEN ERNST AUST

Der Richter, Herr Sörensen, und die Anklagevertretung behaupten, dass ich vorbestraft sei. Sicher meinen sie damit meine Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis im „Blinkfuer“-Prozess vor rund zehn Jahren. Nun setzt das Wort Strafe aber eine Schuld voraus, deretwegen man bestraft, vorbestraft wird. Ich aber bestreite, heute wie damals, entschieden auch nur in irgendeinem Punkte schuldig geworden zu sein. Schuldig gegenüber meiner Klasse, deren Interessen und Ziele zu vertreten für mich als Kommunist höchste Verpflichtung ist.

Stets habe ich mich nach besten Kräften bemüht unter den Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution zu propagieren, ihre Unvermeidlichkeit nachzuweisen, ihren Nutzen für das Volk klarzumachen, das Proletariat und die gesamten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf sie vorzubereiten. Und als meine Partei, der ich früher angehörte, die KPD, ihr strategisches Ziel, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten des Volkes, verriet, als sie sich anschickte für das Linsengericht der nach den heutigen Strafgesetzen erlaubten Organisationen, das Recht des Proletariats auf die Revolution zu verkaufen, habe ich mich von ihr getrennt.

Getrennt, um gemeinsam mit anderen revolutionären Genossen das rote Banner der Arbeiterklasse aus dem Staub zu reissen, in den es die Bachmann und CO. Getreten hatten.

Wenn sie, Herr Sörensen, sagen: in der Anklageschrift steht, ich sei vorbestraft, so heißt das nichts weiter, als dass mich ein bürgerliches Klassengericht terroristisch verurteilt hat. Es ist ein Schmarren, ein glatter Betrug von der Unabhängigkeit, der so genannten Überparteilichkeit der Richter zu sprechen.

Sie sind vom kapitalistischen Staat, diesem Instrument der Unterdrückung des werktätigen Volkes, genauso 'unabhängig' wie das Euter von der Kuh oder die Säge vom Sägefisch. Sie und ihre Amtskollegen sind nichts weiter als die "Büttel der herrschenden Klasse", bei der sie ihre Brötchen verdienen. Sie sprechen Recht.

Wessen Recht?

Es gibt kein abstraktes über den Klassen stehendes Recht, genauso wenig, wie es eine abstrakte Demokratie, eine abstrakte Freiheit gibt.

Tatsächlich gibt es in der Welt nur konkrete Freiheit, konkretes Recht, konkrete Demokratie. Wenn es in einer Gesellschaft des Klassenkampfes die Freiheit der Ausbeuterklasse gibt, die Werktätigen auszubeuten, so haben die Werktätigen keine Freiheit, sich der Ausbeutung zu entziehen.

Wenn es Demokratie für die Bourgeoisie gibt, gibt es keine Demokratie für das Proletariat und die anderen Werktätigen. Wenn es Recht und Gesetze gibt, so ist es immer das Recht, sind es immer die Gesetze der herrschenden Klasse die zur Aufrechterhaltung ihrer Machpositionen und deren ökonomischen Grundlagen dienen. Dort wo die Lakaien der kapitalistischen Ausbeuterklasse Recht sprechen, kann es kein Recht für die Ausbeuteten geben.

Sie können also von mir nicht erwarten, dass ich diese Institution, die sich Amtsgericht nennt, dass ich sie, 'Büttel der Staatsgewalt', ernst nehme. Wenn ich hier stehe, so gibt es zwei Gründe: Zum einen, weil, wenn ich nicht erschiene, sie mich durch ihre Polizei holen lassen, beziehungsweise mich einkerkern würden. Zum anderen - und das ist für mich der wichtigere Grund - weil mir dieser Prozess die Möglichkeit gibt, diese bürgerliche Klassenjustiz, ihren Unterdrückungsmechanismus zu entlarven. So wie wir Kommunisten, je nach Lage, uns an den Wahlen beteiligen, nicht weil wir uns einbilden, unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei die Mehrheit zu erobern, sondern um das Parlament als Tribüne für die Propagierung unserer Anschauungen zu benutzen, so benutzen wir die Tribüne des Gerichts, nicht, weil wir annehmen, hier Recht zu finden, sondern um aufzuzeigen, dass es notwendig ist, will das Proletariat, wollen die Werktätigen ihre Freiheit erringen, diesen kapitalistischen Staat samt seinem Unterdrückungsapparat und seiner Klassenjustiz zu zerschlagen!

Um von Anfang an klare Fronten zu schaffen: Ich stehe hier nicht als Angeklagter, der sich verteidigen müsste. Ich klage sie, der sie sich anmaßen darüber zu befinden, was ich im ROTEN MORGEN, dem Zentral-Organ unserer Partei, geschrieben habe, an, sich des Verbrechens der Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäußerung schuldig zu machen. Ich klage sie und den Herren Staatsanwalt als Vertreter des Staates und seiner Regierung an, den Namen des deutschen Volkes zu missbrauchen, indem sie

* dem Aggressionsstreben des westdeutschen Imperialismus Vorschub leisten;

- * die konterrevolutionäre Gewalt, den offenen Terror der Staatsorgane gegen das Volk unterstützen;
- * die imperialistischen und faschistischen Schreibtischmörder in ihren Verbrechen gegen die Völker decken;
- * durch die Aufrechterhaltung parlamentarischer Illusionen das Volk betrügen;
- * den Mord an Arabern und Juden rechtfertigen (Fürstentumbruch);
- * die Verbrechen des USA-Imperialismus Vietnam unterstützen!

Ich klage sie an:

das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhende kapitalistische Gesellschaftssystem aufrecht erhalten zu wollen und sich dazu faschistischer Mittel zu bedienen.

40 Jahre sind seit dem Machtantritt der Hitlerfaschisten vergangen. Eine ihrer ersten Maßnahmen, die sie ergriffen, war eine am 4. Februar 1933 erlassene „Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes“. Sie ermöglichte ihnen, Kundgebungen gegnerischer Parteien und oppositionelle Zeitungen wegen Verächtlichmachung des Staates zu verbieten.

„Verächtlichmachung des Staates“, dieser nazistische Rechtsbegriff von 1933 ist es, der die Grundlage der mir am 16. Februar 1973 übersandten Strafandrohung, Nötigung oder Anklageschrift, wie sie es nennen, bildet. Wörtlich heißt es da: ich hätte „durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht.“ Die Bundesrepublik Deutschland? Wer ist das? Sind das die Millionen und Abermillionen fleißiger Arbeiter und Angestellte in den Fabriken, Werken, Betrieben, die werktätigen Bauern, die Studenten, die kleinen Händler und Gewerbetreibenden? Oder sind das die oberen Zehntausend, die Handvoll Millionäre und Multimillionäre, die Krupp, Flick, Thyssen, Stinnes, die sich den vom Volk in harter Arbeit geschaffenen Reichtum räuberisch aneignen? Wenn sie die ersten meinen, so fragen sie sie doch, fragen sie den Mann auf der Strasse, fragen sie die hier im Gerichtssaal anwesenden Arbeiter und Angestellten, ob sie sich durch den ROTEN MORGEN beschimpft und böswillig verächtlich gemacht fühlen! Wenn sie jedoch die letzteren meinen, die Herren des Finanzkapitals, die Bosse der Monopole und Banken, sie und ihre Lakaien in Staatsapparat und Regierung, so kann man sie ebensowenig verächtlich machen und beschimpfen, wie wem man die Mafia eine Crew von Mördern und Gangstern nennt. Sind sie etwa keine Diebe, Mörder oder „blutbefleckte Ausbeuter“, wie es im ROTEN MORGEN hieß, die Herren Kapitalisten? Lesen sie, Herr Sörensen, denn keine Zeitung, gehen sie mit geschlossenen Augen durch die Welt? Oder wollen sie einfach nicht sehen, weil sie von ihnen bezahlt, bestochen werden? Wissen sie nicht,

- * dass in der Bundesrepublik täglich am Arbeitsplatz 15 Menschen tödlich verunglücken? Sterben, weil sie durch Rationalisierung und maßlos gestiegene Arbeitshetze zur Nichtbeachtung der Unfallvorschriften gezwungen werden, weil die Unternehmer um ihrer Profite willen Sicherheitsvorschriften außer acht lassen.
- * dass immer wieder ungenügend erprobte Medikamente auf den Markt kommen, so dass wie bei Contergan tausende Kinder verkrüppelten oder bei Menocil zig Menschen starben. Was kümmert die Arzneimittelhersteller schon das Leben der Menschen, Hauptsache, die Kasse stimmt;
- * dass von den jährlich fast 20 000 Toten auf unseren Strassen zumindest die Hälfte auf Kosten der Kapitalisten geht, indem sie lebensgefährliche Autos bauen, oder des kapitalistischen Staates, der nicht für die notwendige Sicherheit auf unseren Strassen sorgt;
- * dass die deutschen Imperialisten um ihrer Macht- und Profitinteressen in den letzten zwei Weltkriegen Millionen Menschen auf die Schlachtfelder trieben?

Oder stört sie das Wort "Mörder", Im Strafgesetzbuch heißt es dazu: "Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder gewaltsam oder mit gemeingefährlichen Mitteln... einen Menschen tötet." Habgier aber, das Streben nach höchsten Profiten ist es, das die Kapitalisten zu Krieg und zahllosen Morden treibt. Ist es nicht heimtückisch, Medikamente auf den Markt zu bringen, die Menschen süchtig machen, an denen sie sterben? Sind lebensgefährliche Autos, ungesicherte Maschinen nicht gemeingefährliche Mittel? Ist es nicht grausam, Menschen im Krieg durch Napalm verbrennen, Giftgas ersticken und Bomben zerfetzen zu lassen?

Um ihre Herrschaft zu sichern, um ihr System der Ausbeutung des Menschen, der privaten Aneignung, zu deutsch des Diebstahls des von den Arbeitern erbrachten Mehrwerts, aufrechtzuerhalten, sind die Kapitalisten und ihre Handlanger zu jeder Schandtätigkeit bereit. Oder sollte es ihnen, Herr Sörensen, wirklich entgangen sein, dass sie, wie es im ROTEN MORGEN hieß, "ihren Gewalt- und Unterdrückungsapparat: Polizei, Verfassungsschutz, Grenzschutz verstärken"? Dass sie ihre Polizisten zu perfekten Killern ausbilden, die - wie die Praxis beweist - bereit sind, rücksichtslos Menschen niederzuschießen ohne dafür bestraft zu werden. All dies lässt sich durch Fakten und Tatsachen beweisen.

Oder stört es sie, Herr Sörensen, dass ich die Herren Brandt, Genscher, Springer zwar nicht als Mörder, aber

doch als "treue Lakaien ihrer kapitalistischen Herren", als "Urheber" der Anschläge, der revolutionären Gewalt des Volkes gegen die konterrevolutionäre Gewalt der herrschenden Klasse bezeichnete. Das müssen sie sich schon gefallen lassen. Wer hetzt denn seit Jahren die Bevölkerung gegen alles, was links ist, auf? Der Herr Springer! Auf sein Konto gehen indirekt der Mord an die Studenten Benno Ohnesorg, der Mordanschlag auf Rudi Dutschke, die Bomben, die vor einem Jahr in der Bundesrepublik krachten. Wer Wind säet, darf sich nicht wundern, wenn er Sturm erntet. Wer baute den Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee aus? Wer befürwortete die Einführung von Killer-Kommandos der Polizei? Wer betreibt das Verbot unserer Partei? Der Herr Genscher! Wer ist verantwortlich für die Regierungspolitik? Wer stimmte für die Notstandsgesetze, die Grundlage für die Errichtung der offenen faschistischen Herrschaft? Der Herr Brandt! Sicherlich, niemand von ihnen hat einen Menschen persönlich ermordet. Auch Hitler, Göring und Goebbels nicht. Sind sie deswegen keine Massenmörder? Klebt an ihren Händen nicht das Blut der im KZ ermordeten, vergasteten, im Krieg getöteten Menschen? Weshalb hat man Göring und andere in Nürnberg denn gehängt? Ging es nach dem Recht der Völker, gehörte auch der Kriegsverbrecher Nixon an den Galgen. Nein, es geht nicht darum, ob jemand persönlich ein lieber, netter Mensch ist, ob er Kinder oder Hunde mag, wie Hitler, ob er einen Friedensnobelpreis in der Kommode hat, Entscheidend ist, welchen Herren er dient, wessen Politik er durchführt. Da aber dem imperialistischen Herrschaftssystem zwangsläufig Faschismus und Krieg innewohnt, läuft jeder, der ihm an verantwortlicher Stelle dient, Gefahr, zum Massenmörder, zum Kriegsverbrecher zu werden.

Bundesinnenminister Genscher zetert zur Zeit, die "Linksextremisten", womit er uns meint, seien gegen die Juden. Kommunisten aber sind weder gegen Juden, Schwarze, Weiße, Gelbe. Kommunisten kennen keine Rassen, sie kennen nur Klassenunterschiede. Wir werden imperialistische Aggressoren, ob sie nun Nixon, Breschnew oder Moshe Dajan heißen, beim Namen nennen. Und wir werden die nennen, die sie bei ihren Verbrechen mit Geld und Waffen unterstützen. So ist es eine unbestreitbare Tatsache, dass die Bundesregierung die israelischen Aggressoren mit Milliardenbeträgen unterstützt und damit direkt den Überfall auf die Araber, die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat. So durfte man sich auch nicht wundern, dass der sogenannte olympische Frieden in die Binsen ging. Eines aber ist sicher, und dafür trägt Herr Genscher persönlich die Verantwortung, Juden und Araber, die in München von deutschen Polizeikugeln getötet wurden, könnten heute noch leben, wenn man die Forderung des arabischen Kommandos auf Abflug gestattet hätte. Leben könnten heute auch noch die amerikanischen Offiziere und Soldaten, die bei den Bombenanschlägen auf das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg und Frankfurt ums Leben kamen, wenn ihr oberster Kriegsherr Nixon, wenn der USA-Imperialismus nicht einer der blutigsten Völkermörder wäre. So aber waren die Bombenanschläge in Frankfurt und Heidelberg nur der angemessene Ausdruck des Protestes des deutschen Volkes gegen die Kriegsverbrechen in Vietnam. All das, was in der Nötigungs- bzw. Anklageschrift als Vorwurf enthalten ist, lässt sich durch Tatsachen und Meinungsäußerungen auch bürgerlicher Politiker belegen. Kommen wir zum Kern der Sache, dieser Prozess ist ein unverschämter Anschlag auf das Recht der Kommunisten, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild zu verbreiten. Sie, Herr Sörensen, können nicht erwarten, dass wir Rechte, die sich die Arbeiterklasse in jahrzehntelangem Ringen gegen die Kapitalisten erkämpft hat, uns wieder nehmen lassen. Sie aber sollten sich ernsthaft überlegen, ob sie sich als Vorsitzender dieser Kammer zum Büttel der herrschenden Klasse der Kapitalisten machen wollen. Noch können sie es ablehnen, dieses Verfahren, diesen Terrorprozess, den ihnen ihre Oberen aufs Auge drückten, durchzuführen. Wir aber werden ungeachtet aller Verfolgungen jedweden Terrors weiterkämpfen bis zur sozialistischen Revolution!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA! - das war die Losung der Solidaritätsveranstaltung der Ortsgruppe Kiel der KPD/ML für Genossen Ernst Aust. Über 400 Kollegen und Genossen aus den Betrieben und Studenten zeigten an diesem Abend, dass sie nicht bereit sind, die wachsende politische Unterdrückung passiv zu ertragen.

"Kommunisten", sagte Ernst, "hassen die Bourgeoisie und alle Reaktionäre leidenschaftlich. Die unterdrückten Volksmassen jedoch lieben sie von ganzem Herzen. Kommunisten bewahren sich aber auch einen kühlen Kopf. Eiskalt planen sie die Revolution, versetzen dem Feind dort Schläge, wo er schwach ist und ziehen sich zurück, wenn er übermächtig ist. Diese Politik macht uns unbesiegbar..

Ein Dortmunder Arbeiter, der während der Demonstration gegen Breschnew mit anderen 30 Stunden verhaftet wurde und 30 Stunden im Bunker "Sonnenschein" sass, berichtete von der starken kämpferischen Solidarität: "Diesen tiefen Eindruck werde ich nicht mehr vergessen."

**ROTER
MORGEN
BESCHLAG-
NAHMT**

**Verfahren gegen Genossen Ernst Aust
wegen Verfassungsverrat
und Zersetzung der Bundeswehr**

Abschrift des Fernschreibens an die Hamburger Behörde
Vom hiesigen Amtsgericht wurde unter dem Aktenzeichen 2 GS 145/72 nachfolgender Beschluß verfügt:

– BESCHLUSS –

2 GS 145/72
In dem Ermittlungsverfahren gegen
Ernst Aust, 2 Hamburg, Carl-Bremer-Ring 19

Wegen Verdacht der Zersetzung wird die Beschlagnahme der bei dem Beschuldigten Aust sowie bei den noch nicht bekannten Verteilern in Plön und den von diesen benutzten Kraftfahrzeugen und schließlich bei den Wehrpflichtigen und anderen Soldaten des Pionierbataillons 6 in Plön vorhandenen Flugblätter der KPD/ML, beginnend mit den Worten: "Im Ernstfall: Dreht die Gewehre um" und endend mit "Hinein in die ROTE GARDE und den KSB/ML" (Impressum ist hierbei nicht berücksichtigt worden) angeordnet, weil die genannten Schriften als Beweismittel für die Untersuchung gegen die Beschuldigten und andere von Bedeutung sein können und auch der Einziehung nach Paragraph 41 StGB unterliegen (Paragraph 94 StPO, Paragraph 13 Landespresseggesetz).

Darüberhinaus wird die Durchsuchung

a) der Wohnung des Beschuldigten Aust in Hamburg, Carl-Bremer-Ring 19,
b) der Verteilerpersonen und evtl. von diesen benutzten Fahrzeugen in Plön gemäß Paragraph 102 StPO angeordnet, weil zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln, hier Schriften der genannten Art, führen werden.

Der Beschuldigte ist verdächtigt, auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig einzuwirken, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der BRD oder Verfassungsgrundsätze einzusetzen (Paragraph 89 StGB), indem er an die heute zum Wehrdienst einberufenen Soldaten des Pionier-Bataillons 6 in Plön Flugblätter oben genannter Art verteilen ließ, in welchen er selbst als der für den Inhalt Verantwortliche bezeichnet ist.

Plön, den 2. Oktober 1972
Das Amtsgericht
gez. Dr. Behnke
Amtsgerichtsrat

Der Beschluß erstreckt sich auf die Flugschrift "Im Ernstfall: Dreht die Gewehre um" und die Zeitschriften "ROTER MORGEN" Nr. 8 vom 10.4.1972, Nr. 15 vom 31.7.1972, Nr. 18 vom 11.9.1972 sowie die Sonderausgabe Mai 1972

Um Durchsuchung der Wohnung des Beschuldigten Ernst Aust, 2 Hamburg, Carl-Bremer-Ring 19, wird gebeten.